

Das Wirtschaftsverhältnis zum Balkan.

Ein Wirtschaftskrieg wird der gegenwärtige Krieg genannt und, je mehr er in seinem Fortschreiten sein eigenes Wesen entschleiert, auch als solcher erkannt. Die ganz regellose Verbindung und Scheidung von Rassen und Nationen, die an ihm teilnehmen, hat die Annahme eines Rassen- oder Nationskrieges für reine Nations- oder gar Rassenziele längst zerstört: es handelt sich den herrschenden Mächten um Kapitalanlage- und Absatzgebiete, um Meereszugänge und Wasserstraßen, um sehr reale Dinge, um welche allerdings die Professorenlegende in allen Sprachen ihre dreifarbenen akademischen Vorurteile webt.

Die ganze Wahrheit über die Beziehungen der Monarchie zum Balkan wird erst kund, wenn zur diplomatischen und nationalpolitischen die wirtschaftliche, die handelspolitische Geschichte zwischen West und Ost hinzukommt. Rußlands Interesse an Konstantinopel ist nicht bloß und nicht vorwiegend die Ersetzung des Halbmondes durch das doppelte Kreuz auf den Türmen der ehemaligen Sophienkirche der einstmaligen griechischen Kaiserstadt, ist nicht nur die Beherrschung des wichtigsten militärischen Brückenkopfes der Welt, sondern vor allem die freie Handelsstraße der Dardanellen. Das doppelte Kreuz ist die Legende, die für den russischen Bauern entstanden ist. Ähnlich ist das Verhältnis der anderen Großmächte zum Osten; nur Italien ist so aufrichtig-modern, eine Legende nicht vorzuschützen, sondern den „heiligen Egoismus“ zum Schutzpatron der Eroberung auszurufen.

Die Wahrheit über unsere Wirtschaftsbeziehungen zum Balkan ist bitter, über sie heute zu reden ist Verlegenheit. Und Anklagen sind nicht selten unfruchtbar, zumal unter einer Bevölkerung, die von einem Tag auf den anderen vergift und verzeiht. Aber gerade hier ist der Punkt, wo unsere ganze Deffentlichkeit, Staats-

mann und Privatmann sich endlich offen zu gestehen haben: **D a s m u ß a n d e r s w e r d e n !**

Es war 1909 im Ausschuß der Delegationen, wo Mehrenthal seine Balkanpolitik in der Annerionskrise verteidigte. Dort entfuhr diesem zurückhaltenden Redner der Stoßseufzer: Wenn doch unsere Handelspolitik die auswärtige Politik unterstützte! Er blieb fast unbeachtet, und doch hätte er einen Ausschuß erregen müssen, dessen Denken auf die großen und ernstesten Ziele der Politik eingestellt gewesen wäre, der nicht sein Gepräge erhielt durch Bürokraten des verdienstlichen Ruhestandes und Magnaten, die ihre Gutsverwaltung des wirtschaftlichen Denkens enthebt, durch Kleinbürger, die wider den Hausierhandel erbittert sind, und durch die akademischen Faselhänse des Nationalismus. Just in diesen Tagen des Weltwirtschaftskrieges ist männiglich kund und zu wissen geworden, daß die auswärtige Politik heute fast aufgeht in Wirtschaftspolitik, daß sie die wirtschaftliche Stellung des Staates in der Welt zum Inhalt hat. Unser Reich aber findet sich selbstamerweise im überlieferten Besitz einer Verfassung, die seinem gemeinsamen Ministerium gar kein Handelsamt beigibt! Unser auswärtiger Minister und seine Diplomatie haben die Handelspolitik des Reiches nicht zu bestimmen und zu gestalten — sie ist nicht ihr Ressort, sondern das der zwei einzelstaatlichen Ministerien, deren Entschlüsse jene als bloße Vollzugsorgane durchzuführen haben. Kraft solcher sinnreicher Verfassung konnte und ist es zeitweilig geschehen, daß wir den Versuch unternommen haben, zugleich eines Nachbarn diplomatischer Freund zu sein und ihm wirtschaftlich die Tore zu verstopfen! Derlei mag nun im siebzehnten oder achtzehnten Jahrhundert, damals, als Stil und Praxis der korrekten Diplomatie für alle Zukunft ausgebildet und festgelegt wurden, nicht unmöglich gewesen sein. Aber ein solcher Widerspruch bringt in unserem Zeitalter der Wirtschaftlichkeit die Nachbarn in Schwierigkeit, sich einen Reim darauf zu machen, sie können sich auf ihn weder so noch so einrichten, sie können als Nachbarn Ruhe nicht finden. Das erste Hauptstück in dem Buche österreichisch-ungarischer Neuorientierung nach dem Kriege wird wohl die notwendige Einheit von Diplomatie, innerer Staatsordnung und Wirtschaftsinteresse des Volkes zum Titel haben, der Text wird sich später schreiben lassen.

Indessen sind weder die Verfassungsfehler noch Fehler der Regierungen an der prekären Gestaltung unserer Wirtschaftsbeziehungen in erster Linie und am meisten schuld. Wir erinnern uns eben daran, daß die beiden Regierungen 1907 einen Handelsvertrag mit Serbien geschlossen hatten, der zwar nicht die Annäherung begünstigte, aber doch die gänzliche Entfremdung verhüten sollte. Die Volksvertretungen haben ihn unter der Führung Hohenblums zerrissen und die Regierungen tragen die Verantwortung nur dafür, daß sie mit Rücksicht auf das dauernde Interesse der Monarchie gegen einseitige Begehrlichkeit, auch wo sie von Parlamentsparteien ausging, nicht stark genug waren. Diese unglückselige Ueberspannung von Sonderinteressen hat die damalige Diplomatie, wie erinnerlich, in die zwiespältige Zwangslage versetzt, auf der einen Seite die Abnahme österreichischer Industrieerzeugnisse — aus einer vielgenannten westböhmischen Fabrik — zu fordern, auf der anderen Seite aber die Einfuhr von Bodenerzeugnissen zu unterbinden. Wie soll sich ein Nachbar unter solchen Umständen einrichten? Auch hier kann man nicht anders schließen als mit dem Mahnwort: **D a s m u ß a n d e r s w e r d e n !** Seltsam genug, daß hier einmal die Österreicher ihr Lieblingswort: „Leben und leben lassen!“ verleugnet haben.